



**Jürgen Kerner**  
**Hauptkassierer der IG Metall**

**1. Mai: Gute Arbeit. Soziales Europa.**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2014 in Landshut**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
ich freue mich, heute hier bei Euch in Landshut zu sein und mit Euch unseren Tag  
der Arbeit zu begehen!

„*Gute Arbeit. Soziales Europa*“ – so lautet das Motto des Deutschen  
Gewerkschaftsbundes für den 1. Mai 2014.

Heute steht die Würde der arbeitenden Menschen im Mittelpunkt! Heute machen wir  
deutlich, dass die Menschen wieder in den Mittelpunkt rücken müssen – in der  
Politik, aber auch in den Betrieben.

Heute ist *unser* Tag, Kolleginnen und Kollegen!

Herzlichen Dank, dass Ihr Euch die Zeit nehmt, den Tag der Arbeit 2014 gemeinsam  
zu feiern! Und gemeinsam für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer  
zu demonstrieren.

Laut einer aktuellen Umfrage bei den Verbandsmitgliedern der Familienunternehmer  
und der Jungen Unternehmer wird den Gewerkschaften großer Einfluss auf die  
Politik zugeschrieben. 42 Prozent schätzen unseren Einfluss als hoch und 23  
Prozent sogar als sehr hoch ein. Das sind 65 Prozent der Unternehmer, die  
geantwortet haben.

Vor einem Jahr meinte noch eine Mehrheit von 51 Prozent der Unternehmer, dass  
der Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik mittel bis gering sei.

Und in der Tat, Kolleginnen und Kollegen, sieht es so aus, als hätten wir mit der  
derzeitigen Koalition eine Regierung, die sich mal traut, Gesetze im Sinne der  
Beschäftigten zu beschließen.

Themen wie der Mindestlohn und die Rente mit 63 sind heute in der Mitte der  
Gesellschaft angekommen.

Aber das ist nicht vom Himmel gefallen! Und es ist auch keine originäre Leistung des Berliner Politikbetriebs!

Vielmehr haben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dafür ein Jahrzehnt geackert. Ja, gemeinsam haben wir ein Jahrzehnt gekämpft, damit in unserem Land ein Politikwechsel Wurzeln schlagen kann.

Und heute sehen wir die ersten zarten Pflänzchen.

Die Rente mit 63 bei 45 Versicherungsjahren ist ein wichtiger Schritt. Auch bei den Verbesserungen der Erwerbsminderungsrente stimmt die Richtung der Bundesregierung.

Das haben wir erreicht, Kolleginnen und Kollegen!

Es ist abscheulich, wie die Arbeitgeber mit ihren Lobbyverbänden Propaganda gegen die Rente 63/45 betreiben, wie sie versuchen, Jung gegen Alt auszuspielen, wie sie unsere Gesellschaft spalten wollen.

Ja, für mich ist es niederträchtig, wie Lobbyisten auf der Lebensleistung von Frauen und Männern herumtrampeln. Von Männern und Frauen, die ihre Lehre mit 14, 15 Jahren begonnen haben und seitdem tagtäglich ihre Leistung im Job bringen.

Kolleginnen und Kollegen,  
wir haben als IG Metall bei Infratest eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. Die erfreuliche Nachricht: Die jungen Leute zeigen der Propaganda der Lobbyisten die kalte Schulter! 89 Prozent der 18- bis 34-Jährigen begrüßen die vorzeitige abschlagsfreie Rente für langjährig Versicherte.

Sorge bereitet ihnen nicht die Rente 63/45. Sorge bereitet ihnen ihre eigene Rente. Zu Recht, wie wir alle wissen.

Und gerade weil die Arbeitgeberseite seit Wochen massiv Sturm gegen die Rentenpolitik laufen, will ich heute klipp und klar betonen:

Unser Ziel ist und bleibt, dass die Rente zum Leben ausreichen muss – auch künftig. Das gehört schlichtweg zur Menschenwürde.

Deshalb bestärken wir die Politik, weitere Schritte unternehmen: Allen voran darf das Rentenniveau nicht weiter abgesenkt werden. Heute liegt es bei 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttogehalts. Damit ist die Schmerzgrenze erreicht!

Die beabsichtigte Kürzung auf 43 Prozent bis 2030 muss aufgehoben werden!  
Ein für alle Mal!

Dann gewinnen auch die jüngeren Generationen ein Stück Sicherheit in ihre Renten – und vielleicht auch etwas Vertrauen in die Politik zurück.

Kolleginnen und Kollegen,  
wir werden weder die Arbeitgeber noch die Politik aus der Verantwortung lassen.

Alle Beschäftigten brauchen eine Rente, die vor Armut schützt und nach einer normalen Erwerbsbiografie den Lebensstandard sichert. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!

Wir fordern von der Politik ein weiteres Umsteuern in der Rentenpolitik und von den Arbeitgebern mehr altersgerechte Arbeit.

Notwendig ist eine Offensive zur altersgerechten Gestaltung der Arbeitswelt, damit Ältere gesund bis zur Rente arbeiten können.

Notwendig sind gleichzeitig Ausstiegsoptionen, die von den unterschiedlichen Situationen von Beschäftigten und Betrieben ausgehen.

Kolleginnen und Kollegen,

zum 1. Januar 2015 wird ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt. Er wird die Situation von Millionen Beschäftigten verbessern.

Auch das ist ein Erfolg der Gewerkschaften! Das ist Euer Erfolg!

Die Große Koalition will außerdem die Tarifautonomie stärken sowie die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtern und das Arbeitnehmerentsendegesetzes auf alle Branchen ausweiten.

Auch das fordern wir seit langem.

Richtig ist: Das Gesetzespaket der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer neuen Ordnung der Arbeit. Es wird dazu beitragen, mehr Beschäftigte durch Tarifverträge zu schützen und ihnen existenzsichernde Einkommen verschaffen.

Richtig ist aber auch, dass da noch Schattenseiten sind. Die geplanten Ausnahmen vom Mindestlohn zum Beispiel.

Wir Gewerkschaften sagen auch heute wieder deutlich: Der Mindestlohn muss für alle Beschäftigten gelten! Wir lehnen Ausnahmen ab, auch für Jugendliche oder Langzeitarbeitslose.

Wie bei der Rente geht es beim Mindestlohn um die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und Würde kann keine Ausnahmen kennen. Niemals!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ So steht es im Artikel 1 Absatz 1 unseres Grundgesetzes.

Das wisst Ihr alle. Aber einige Politiker brauchen da wohl noch Nachhilfestunden! Wir geben ihnen die gern!

Kolleginnen und Kollegen,

wir sehen heute erste zarte Pflänzchen eines Politikwechsels. Wenn daraus ein wirklicher Kurswechsel, ein großer, starker Baum mit vielen tragfähigen Ästen werden soll, dann muss noch viel getan werden.

1. Notwendig sind – erstens – eine Verbesserung des Kündigungsschutzes und die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

2. Notwendig ist – zweitens – besserer Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz gegen Stress und Burnout. Arbeit wird immer grenzenloser. Vor allem die psychischen Belastungen nehmen zu. Das haben wir Gewerkschaften längst zum Thema gemacht. Da aber die Arbeitgeber nicht hören wollen, müssen sie wohl fühlen. Wir erwarten von der Politik eine entsprechende Verordnung.
3. Notwendig ist – drittens – eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, von Freizeit und Beruf. Frauen und Männer wollen und sollen in der Lage sein, gleichzeitig erwerbstätig zu sein und Fürsorgeverantwortung zu tragen. Der Staat muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen und zum Beispiel Ganztagsbetreuung und Ganztagschule deutlich ausbauen.
4. Notwendig ist – viertens – endlich die Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt. Deutschland hat heute die bestausgebildete Frauengeneration. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt es, dass Frauen weniger verdienen als Männer.
5. Notwendig ist – fünftens – ein guter Einstieg ins Berufsleben für junge Menschen. Mit prekären Jobs und Praktika muss Schluss sein! Bei den jungen Leuten liegt das so dringend notwendige Fachkräftepotenzial der Zukunft!
6. Notwendig ist – sechstens – der Ausbau von Weiterbildung und Qualifizierung. Für alle! Und nicht nur für die schon gut Qualifizierten, wie es heute in vielen Betrieben gang und gäbe ist.
7. Notwendig ist – siebtens – eine Reform der Minijobs. Minijobs sind extremer Niedriglohnsektor. Sie sind eine Armutsfalle, Altersarmut inbegriffen. Deshalb sagen wir klar und deutlich: Minijobs müssen von der ersten Stunde an sozialversicherungspflichtig sein.
8. Notwendig ist – achtens – die Unterbindung des Missbrauchs bei Werkverträgen. Als DGB-Gewerkschaften haben wir bei der Leiharbeit schon einige Pflöcke eingeschlagen. Doch kaum sind wir hier unserem Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ deutlich näher gekommen, missbrauchen Arbeitgeber Werkverträge. Die Regierung will die Informationsrechte der Betriebsräte erweitern. Das ist gut, reicht aber nicht. Betriebsräte brauchen mehr Mitbestimmungsrechte, um auch juristisch handlungsfähig zu sein.

Diese acht Punkte halte ich für notwendig, aber natürlich ist die Liste für eine neue Ordnung der Arbeit nicht vollständig.

Kolleginnen und Kollegen,

die Arbeitgeber meinen heute, die Gewerkschaften hätten mehr Einfluss auf die Politik.

Tja, „wea ko, dea ko“, hat ein Sohn der Stadt Landshut – der Krenkl Franz Xaver – die Zurechtweisung des Kronprinzen Luitpold beantwortet, als er mit seiner Kutsche verbotenerweise die Kutsche des Kronprinzen im Englischen Garten in München überholte. Ihr kennt die Geschichte vom Lohnkutscher, Pferdehändler und 14-fachem Rennmeister auf dem Oktoberfest sicher.

„Wea ko, dea ko“, könnten auch wir sagen. Aber ausruhen dürfen wir uns nicht!

Wahr ist doch, dass sich Politik nur dann bewegt, wenn der Druck groß genug ist. Das haben wir beim Mindestlohn und bei der Rente mit 63 erlebt.

Wir müssen als Gewerkschaften daher weiterhin Druck aufbauen und Druck aufrechterhalten, um Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen. Und dafür müssen wir die Menschen überzeugen und Mitglieder gewinnen.

Das wird ein steiniger und langwieriger Weg, den wir nur gemeinsam schaffen können. Die Propagandamaschinerie der anderen Seite ist längst angeworfen. Selbst der CDU-Wirtschaftsrat bringt obskure Forderungen auf den Tisch, wie die Rente mit 70.

Kolleginnen und Kollegen,

ich bin zuversichtlich. Die Menschen wollen sich nicht an den Rand drängen lassen. Sie wollen sichere, gute und interessante Arbeit. Sie wollen einen unbefristeten Arbeitsplatz mit einem verlässlichen Einkommen, von dem sie gut leben können. Das hat die große Beschäftigtenbefragung der IG Metall 2013 ergeben.

Daran können wir gegenüber der Politik und in den Betrieben anknüpfen. Eckpfeiler dafür sind starke Betriebsräte. Ohne starke Betriebsräte und Vertrauenskörper hängen die besten gewerkschaftlichen Forderungen in der Luft, bleibt alles graue Theorie!

Kolleginnen und Kollegen,  
die Betriebsratswahlen 2014 laufen noch bis Ende Mai. Wenn in Eurem Betrieb noch gewählt wird, dann bitte ich Euch: Geht wählen! Unterstützt die Gewerkschaften im DGB!

Denn die Betriebsräte stehen vor großen Herausforderungen. Neben ihrer tagtäglichen Arbeit für ihre Belegschaft stehen sie vor der Herausforderung, den gigantischen Wandel der Arbeit mitzugestalten.

Die Stichworte lauten demografischer Wandel, Globalisierung der Wertschöpfungsketten und Zukunftstechnologien. Fertigungsroboter sind in den Fabriken längst etabliert, eine neue Generation mobiler Leichtbauroboter erobert die Werkhallen. Naturfaserbasierte Werkstoffe ersetzen Stahl. Nanotechnologien setzen neue Maßstäbe in der Miniaturisierung. Enterprise-2.0-Technologien verändern Kommunikation und Koordination in der Produktion und im globalen Service.

Und die sogenannte vierte industrielle Revolution setzt das gesamte Fabrikssystem unter Veränderungsdruck. An die Stelle mechanischer und mechatronischer Produkte treten softwaregesteuerte und über das Internet vernetzte Systeme.

Vor diesem Hintergrund wächst die Sorge, dass der Mensch in den Fabrikhallen auf Nimmerwiedersehen verabschiedet wird. Diese Sorge ist im Einzelfall berechtigt und verlangt Schutz und Entwicklungschancen für die Betroffenen.

Die Industriegeschichte verdeutlicht aber auch, dass die menschenleere Fabrik keine Zukunftsoption ist. Rationalisierung wurde bisher durch Wachstum in anderen Tätigkeitsfeldern ausgeglichen.



Kolleginnen und Kollegen,

ich fürchte viel mehr, dass sich die Arbeitgeber – trotz radikal veränderter technischer und sozialer Rahmenbedingungen – weiterhin auf überholte Instrumente der Arbeitsgestaltung verlassen.

Zum Beispiel:

- die Zerlegung der Arbeit in kleinteiligste Arbeitsschritte,
- rigide Formen der Leistungsintensivierung,
- starke Selektion beim Zugang zu Qualifizierungsmöglichkeiten,
- weniger statt mehr Beteiligung.

Wer aber glaubt, die Arbeitswelt von morgen mit den Instrumenten von gestern und vorgestern gestalten zu können, der rauscht blindlings in eine Sackgasse.

Wir müssen daher fest entschlossen sein, die Zukunft der Arbeit mit praxistauglichen arbeits- und tarifpolitischen Konzepten mitzugestalten. Und dafür mehr Mitbestimmung in den Betrieben einzufordern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Betriebsratswahlen und Mitbestimmung sind Demokratie im Betrieb. Für uns als Gewerkschaften stehen sie im Zentrum.

Wir dürfen darüber hinaus aber unsere gesellschaftspolitische Verantwortung nicht vernachlässigen.

Denkt an Europa! Im Sommer jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. Millionen Tote gehen zulasten deutscher Verantwortung. Nur 25 Jahre später trat das NS-Regime den Zweiten Weltkrieg los. Millionen Tote gehen zulasten deutscher Verantwortung.

Kolleginnen und Kollegen,

wir haben die Lektion gelernt! Als Gewerkschaften handeln wir gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und Intoleranz.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tragen wir Verantwortung für die Gestaltung einer demokratischen und freien, einer sozialen und gerechten Gesellschaft – auch in Europa.

Zum achten Mal wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union vom 22. bis 25. Mai 2014 das Europäische Parlament. In der Bundesrepublik Deutschland findet die Wahl am Sonntag, den 25. Mai 2014, statt.

Zum ersten Mal wird die Partei, die am stärksten aus der Europawahl hervorgeht, den nächsten Präsidenten der Europäischen Kommission bestimmen. Es geht also um was am 25. Mai.

Die IG Metall hat eine Kampagne gestartet: „Wählen gehen: damit *unser* Europa eine Zukunft bekommt.“

Die Betonung liegt auf „*unser* Europa“. Weil wir klar machen wollen, dass wir Europa unterstützen und ausbauen wollen, aber viele Aspekte der heutigen europäischen Politik kritisch sehen oder sogar ablehnen.

In Griechenland beträgt die Arbeitslosenquote 27,5 Prozent, in Spanien 25,6 Prozent, in Portugal 15,3 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Griechenland 58,3 Prozent, in Spanien 53,6 Prozent, in Portugal 35 Prozent.

Aber auch in Frankreich ist die Arbeitslosigkeit auf fast elf Prozent gestiegen, in Italien auf 13 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Frankreich 23,6 Prozent, in Italien sogar 42,3 Prozent.

Die sogenannte Antikrisenpolitik hat Südeuropa in eine Rezession getrieben. Ein Teufelskreis aus radikaler Spar- und Kürzungspolitik, sinkenden Einkommen, fallender Nachfrage und Wirtschaftsleistung sowie hoher Arbeitslosigkeit ist entstanden.

Aus der einstigen Bankenkrise ist längst eine soziale Krise geworden.

Und wohin steuert die Politik? Durch den sogenannten Europäischen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit schleifen die Krisenländer das Arbeitsrecht, senken Löhne senken und schwächen die Gewerkschaften.

Die Staatsschuldenkrise ist eine Folge der Bankenkrise, der hemmungslosen Zockerei auf den Finanzmärkten. Aber die Zeche der Banker zahlen die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner.

Gerechtigkeit, Kolleginnen und Kollegen, Gerechtigkeit geht anders!

Wer Europa stärken will, der muss einen Kurswechsel für Investitionen und neue Jobs einläuten und durchsetzen.

Wer Europa stärken will, der muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken.

Wer Europa stärken will, der muss für gute Bildung und Ausbildung sorgen.

Die deutschen Gewerkschaften haben ein Zukunftsprogramm ausgearbeitet, ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm. Wir nennen es *Marshallplan für Europa*.

Wir wollen, dass in den nächsten zehn Jahren für alle EU-Staaten Jahr für Jahr 260 Milliarden Euro in die Hand genommen werden und damit unsere Zukunft aufgebaut wird.

Wir wollen dafür die Spekulanten in die Pflicht nehmen: Ihre Geschäfte sollen entsprechend besteuert werden. Das ist nur recht und billig, wenn man sieht, was sie angerichtet haben.

Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich an dieser Stelle ein paar Sätze über das geplante *Freihandelsabkommen* zwischen der EU und den USA sagen.

Mit der transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft – kurz TTIP – soll der weltweit größte gemeinsame Wirtschaftsraum geschaffen werden.

Ziel ist es, Zölle abzubauen, Standards bei Umweltschutz, Qualität von Waren und Dienstleistungen oder technischen Normen anzugleichen oder gegenseitig anzuerkennen.

Das klingt auf den ersten Blick gut, weil Exportkosten gesenkt und Importbarrieren aufgelöst werden. Die Produktivität werde steigen, Verbraucherpreise sinken, meinen Befürworter.

Allerdings kommen die bislang durchgeführten Studien nur zu mageren Effekten.

Eine im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie geht von der gewagten Annahme aus, dass fast alle Handelshemmnisse fallen.

Ergebnis: Das Bruttoinlandsprodukt der EU würde zusätzlich um ganze 0,48 Prozent wachsen – in einem Zeitraum von zehn Jahren. Das wäre im Schnitt ein Plus von 0,05 Prozentpunkten pro Jahr.

Das ifo-Institut hat die Beschäftigungseffekte untersucht. Bei einer weitreichenden Liberalisierung des Handels errechnet das Institut ein Plus von 181.000 Arbeitsplätzen in Deutschland. Nimmt man alle Erwerbstätigen im Jahr 2012 als Ausgangspunkt, wäre das ein Anstieg von 0,4 Prozent.

Das ist die eine Waagschale, Kolleginnen und Kollegen.

Auf der anderen Waagschale liegen große Gefahren bei den Arbeits-, Sozial-, Produkt- und Umweltstandards. Es wird befürchtet, dass diese als Ergebnis der Verhandlungen auf dem jeweils niedrigsten Niveau angeglichen werden.

Zudem fällt hier der Investitionsschutz ins Gewicht. Dieser soll ausländischen Investoren ein Klagerecht gegenüber Staaten einräumen, wenn sie ihren Profit durch staatliche Entscheidungen gefährdet sehen – und zwar vor einem extra einberufenen internationalen privaten Schiedsgericht.

Ein Beispiel: Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat die Bundesrepublik wegen des Atomausstiegs auf Schadensersatz verklagt, weil das Stilllegen von Atommeilern den Gewinn des Unternehmens schmälert.

Vorstellbar ist auch eine Klage, wenn mehr Arbeitnehmerrechte eingeführt werden und ein Unternehmen dadurch seinen Umsatz und Gewinn geschmälert sähe.

Für mich ist klar, Kolleginnen und Kollegen: Das Freihandelsabkommen geht *nur* mit eingebautem Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltschutz – und zwar auf hohem Niveau. Wenn das nicht gewährleistet ist, müssen die Verhandlungen gestoppt werden.

Ich will fünf Bedingungen für ein Freihandelsabkommen aufzählen:

1. klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards,
2. mindestens dieselben Arbeitsstandards und -rechte für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie für andere Beschäftigte im Zielland,
3. keine Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Bereiche, insbesondere öffentlicher Dienstleistungen,
4. kein Investitionsschutz, der zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten führen oder die Möglichkeiten des Staates beschränken könnte, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen,
5. Ratifizierung und Umsetzung aller Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation durch die USA.

Heute haben die USA nur zwei der acht ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert. Nicht in Kraft gesetzt sind Normen, die Grundlagen für gewerkschaftliche Aktivitäten und Tarifverhandlungen garantieren.

Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland geht es besser als vielen anderen Mitgliedsstaaten der EU. Das liegt vor allem an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie.

20 Prozent unserer Exporte gehen in die USA, nach Großbritannien und China. Aber 40 Prozent unserer Exporte gehen in den Euro-Raum. Der Euro-Raum ist der Binnenmarkt der deutschen Industrie.

Ihr seht: Deutschland ist im Guten wie im Schlechten auf Europa und die gemeinsame Währung angewiesen. Die EU und der Euro sind nicht in erster Linie Außen- oder Europapolitik. Die EU und der Euro sind Wirtschafts- und Industriepolitik.

Das sind die wahren Zusammenhänge! Und nicht der Unfug, der von rechten und rechtsextremen Parteien hierzulande und in Europa verbreitet wird.

In der Region Landshut wisst Ihr besonders gut, wie wichtig Industrie ist. 30 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sind hier im produzierenden Gewerbe tätig. Das ist überdurchschnittlich viel.

Im aktuellen Deutschlandtrend, den Infratest dimap am 31. März und 1. April für die ARD erhoben hat, kommt die AfD auf sechs Prozent. Damit wäre sie im Europaparlament.

Leider steht zu erwarten, dass auch Rechtsaußen-Parteien aus anderen Mitgliedstaaten ins Europaparlament gewählt werden.

Mir macht das große Sorge, Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb habe ich eine große und wichtige Bitte: Erläutert denen die wahren Zusammenhänge, die meinen, wir sollten uns vom Euro verabschieden. Helft mit, dass sie nicht den rechten Rattenfängern auf den Leim gehen!

Und geht am 25. Mai zur Wahl! Stimmt für unser Europa:

- ein Europa, dessen soziale Komponenten ausgebaut werden,
- ein Europa, das die Dominanz der Finanzmärkte zurückdrängt,
- ein Europa, das langfristige realwirtschaftliche Investitionen fördert,
- ein Europa, das Beteiligung und Mitbestimmung entwickelt.

Kolleginnen und Kollegen,

Otto Brenner sagte 1968: „Nicht Ruhe, nicht Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“

Ich füge hinzu: Das gilt nicht nur für die Politik in Bund, Ländern und Europa. Das gilt auch in den Betrieben.

1. Wir brauchen eine Neuordnung des Arbeitsmarktes: gute Arbeit und faire Regulierung statt prekärer Arbeit und Niedriglöhne.
2. Wir brauchen mehr Mitbestimmung und die Demokratisierung der Wirtschaft.
3. Wir brauchen die Verknüpfung von nachhaltiger Industriepolitik und nachhaltigem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft.
4. Wir brauchen faire Lebens- und Arbeitsbedingungen für die junge Generation sowie flexible Rentenübergänge und die Verhinderung von Altersarmut.
5. Wir brauchen Verteilungsgerechtigkeit und die entschiedene Bekämpfung sozialer Ungleichheit.

Kurzum: Wir brauchen in Deutschland und Europa eine Politik, die Arbeit achtet, soziale Sicherheit stärkt und ökologische Probleme endlich in Angriff nimmt.

Lasst uns gemeinsam für unsere Ziele kämpfen! Damit wir mit Fug und Recht sagen können: Wea ko, dea ko!

Vielen Dank!